

Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Die MD-IT GmbH erhebt Daten von Ihnen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren „**Redundante und sichere Internet- und Standortanbindung**“. Mit diesen Datenschutzhinweisen möchte der MD-BB Sie nachstehend gemäß Art. 13, 14 DSGVO über die Erhebung Ihrer Daten informieren.

Name und Kontaktdaten des für die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen (Vergabestelle)

| | |
|----------------------------|-------------------------------------|
| Öffentlicher Auftraggeber: | MD-BB |
| Kontaktdaten: | Lise-Meitner-Str. 1 10589 Berlin |

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

| | |
|----------------------------|-------------------------------|
| Beschaffungsdienstleister: | DOIT AG |
| Kontaktdaten: | Ilenwisch 6a 22393 Hamburg |

Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten

| | |
|---------------------------|-------------------------------------|
| Datenschutzbeauftragte/r: | Heiko Klatt |
| Kontaktdaten: | Lise-Meitner-Str. 1 10589 Berlin |

Zweck und Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

4.1 Zweck

Durchführung eines Vergabeverfahrens „**Redundante und sichere Internet- und Standortanbindung**“

4.2 Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und §§ 97 ff., 122 GWB

Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten

Der öffentliche Auftraggeber ist nach § 6 Abs. 1 S. 1 WRegG verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags beim Bundeskartellamt abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind.

Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen (§§ 8 Abs. 4 VgV, 6 Abs. 4 KonzVgV, 6 Abs. 2 UVgO).

Rechte der betroffenen Personen

7.1 Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO).

7.2 Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden (Art. 16 DSGVO).

7.3 Recht auf Löschung

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung) (Art. 17 DSGVO).

7.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bietlers zu verlangen (Art. 18 DSGVO).

7.5 Recht auf Widerspruch

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bietlers ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (Art. 21 DSGVO).

Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde

Sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, sind etwaige Beschwerden zu richten an:

| | |
|------------------------------|---|
| Datenschutzaufsichtsbehörde: | Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit |
| Kontaktdaten: | Alt-Moabit 59-61 10555 Berlin |